

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Walter Taubeneder

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Ingrid Heckner

Abg. Christine Kamm

Staatsministerin Dr. Beate Merk

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 4 und rufe die **Listennummer 18** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
**Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern (Drs. 17/4319)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das bedeutet für die CSU acht Minuten, für die SPD sechs Minuten, für die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN jeweils fünf Minuten und für die Staatsregierung acht Minuten. - Erster Redner ist der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im letzten Jahr gab es den berühmten Satz: Wer betrügt, der fliegt. Mit dieser Aussage der CDU wurden auch verschiedene Wahlkämpfe geführt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dahinter stand unter anderem die Problematik der sogenannten Armutswanderung aus Osteuropa. Was steckte dahinter? - Die kommunalen Spitzenverbände hatten schon lange Alarm geschlagen und darauf hingewiesen, dass es in mancher deutschen Kommune und auch in vielen bayerischen Kommunen Probleme gebe. Weil insbesondere Länder Südosteuropas – ich nenne hier bewusst Bulgarien und Rumänien – ihrer Fürsorgepflicht nicht gerecht werden, sondern sogar im Gegenteil ungeliebte Minderheiten aus dem Land mobben, sind unsere Kommunen die Leidtragenden. Wir haben hier in der Tat ein Problem, für das wir dringend Abhilfe schaffen müssen.

Deshalb haben wir uns als FREIE WÄHLER und Anwalt der Kommunen ernsthafte Gedanken darüber gemacht, wie wir den Städten und Gemeinden konstruktiv helfen und einen Weg finden können, und haben den Antrag gestellt, das Problem in den Herkunftsländern zu lösen.

Dies wurde im Europaausschuss diskutiert, und die anderen Fraktionen haben bis auf die CSU zugestimmt. Die Gründe dafür, warum die CSU nicht zugestimmt hat, sind mir auch nach intensivem Studium der Protokolle mehr als schleierhaft.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vielleicht liegt es auch daran, dass die Kollegen von der CSU unseren Antrag nur überflogen und gar nicht richtig gelesen haben. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Was wollen wir? - Wir wollen, dass sich die Staatsregierung bei der Europäischen Kommission dafür einsetzt, nach Möglichkeiten zu suchen, den Herkunftsländern von Armutsmigration, insbesondere Bulgarien und Rumänien, Unterstützung in Bezug auf den Mittelabruf bei Fördergeldern, zum Beispiel ESF oder EFRE, anzubieten, um sie im Hinblick auf die Integration der am stärksten von Armut betroffenen Gruppen zu unterstützen und damit auch die Ursachen sogenannter Armutswanderung aus Osteuropa direkt zu bekämpfen.

Wir haben auch konkrete Beispiele genannt. Es geht um zur Verfügung stehende Strukturmittel. Diese wurden beispielsweise in Bulgarien und Rumänien lediglich zu 42 % abgerufen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Wir berufen uns auch auf den Deutschen Städtetag, der ein Papier herausgegeben und ganz klar gesagt hat, die europäischen Fördermittel müssten zur Verbesserung der Lebensbedingungen auch vor Ort ankommen. Wenn sie nur zu 42 % abgerufen werden, dann kommen sie auch nicht richtig vor Ort an.

Deshalb haben wir auch in der Begründung ausdrücklich klargestellt, dass selbstverständlich jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union selbst über Umfang und Art der Maßnahmen entscheidet. Das Herantreten an die Europäische Kommission soll als Angebot und nicht als Verpflichtung gedacht sein. Auch hierüber wurde diskutiert.

Zum einen hat die Kollegin Schorer-Dremel von der CSU im Ausschuss ausgeführt, die Vorgabe zur Umsetzung konkreter Maßnahmen sei eine unzulässige Einmischung in die Souveränität der Mitgliedstaaten. Aber das steht gar nicht in unserem Antrag; das wollen wir gar nicht; das ist gar nicht unser Anliegen. Eine solche Schlussfolgerung kann man aus unserem Antragstext gar nicht ziehen.

Zum andern hat der Kollege und Jurist Dr. Rieger gemeint, unser Antrag habe juristische Schwächen, weil die Herkunftsländer sogenannter Armutsmigration hierin weitgehend unbestimmt blieben. Aber ich habe vorhin schon darauf hingewiesen - in der vierten Zeile steht genau dies -: Wir meinen zum Beispiel Bulgarien und Rumänien. Also haben wir doch die Länder benannt, meine Damen und Herren.

Daher meine ich, dass die Argumente der CSU, mit denen unser Antrag abgelehnt wurde, unverständlich sind. Wir wollen, dass zur Verfügung stehende Strukturmittel dort auch ankommen und dass diese Leute, wenn sie es wollen, Hilfe bekommen.

Wir haben diesen Antrag hochgezogen, weil er für das Argument, die Ursachen sogenannter Armutsmigration sollten in den Herkunftsländern bekämpft werden, wichtig ist. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege Fahn. – Nächste Wortmeldung: Kollege Taubeneder für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

**Walter Taubeneder (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum einen danke ich den FREIEN WÄHLERN für ihren Antrag. Er stellt immerhin die Anerkennung der Realität von Armutsmigration und Sozialmiss-

brauch dar. Noch vor einem Jahr haben diese Zeter und Mordio geschrien, als die CSU dieses Thema aufgegriffen hat. Jetzt wollen sie die Armutsmigration bekämpfen. Das ist gut.

Die Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft "Arbeitswanderung aus Osteuropa" hat schon im Jahr 2013 völlig richtig festgestellt, die Problematik der Armutswanderung könne langfristig nur gelöst werden, wenn sich die Situation der Betroffenen in den Herkunftsländern merklich verbessere.

Wie aber kann man die Situation in den Herkunftsländern verbessern, um Armutsmigration zu verhindern? Wenn es nach den FREIEN WÄHLERN geht, soll die Europäische Kommission tätig werden und besonders Rumänien und Bulgarien beim Abruf der Mittel unterstützen. Darüber, wie das genau geschehen soll, sagen sie wenig aus. Mit keinem Wort wird erwähnt, welche konkreten Maßnahmen die EU-Kommission hier ergreifen soll.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn der Gedanke nicht als Anstoß ausreicht! Ich kann doch nicht im Detail sagen, wann ihr wohin fahren müsst!)

Die Entscheidung über die Verwendung von EU-Mitteln muss weiterhin in der Souveränität der Mitgliedstaaten liegen. Das ist, glaube ich, selbstverständlich. Es ist nicht belegt, dass die Herkunftsländer sogenannter Armutsmigration nicht wissen, wie sie die EU-Gelder abrufen können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Offensichtlich schon! Wenn Sie es nicht wissen: Das hat sogar die Hohlmeier angeregt!)

Der Antrag beruht lediglich auf spekulativen Annahmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, die Hohlmeier hat es gesagt! Sie hat Tipps gegeben, und wir haben es zu Papier gebracht!)

- Die Hohlmeier muss ja nicht immer recht haben. - Wer nicht in der Lage ist, Mittel vernünftig abzurufen, nährt natürlich auch Zweifel, ob er die abgerufenen Mittel auch effizient einsetzt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der schickt uns die Leute herüber! Das ist praktischer!)

Bei der ineffizienten Verwendung von Mitteln auch noch Pate zu stehen, ist geradezu absurd.

Sie wollen, dass die Europäische Kommission an die Mitgliedstaaten herantritt und ein Angebot macht. Dabei darf man aber eines nicht vergessen: Jedes Mitgliedsland der EU hat eigene Europaabgeordnete und auch Europakommissare. Rumänien hat 32 Europaabgeordnete, Bulgarien 17. Für Haushalt und Personal ist in der Europäischen Kommission die bulgarische Vizepräsidentin Kristalina Georgiewa zuständig. Aus Rumänien kommt die EU-Kommissarin Corina Cretu und kümmert sich um Regionalpolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die geballte Fachkompetenz in der EU-Kommission nicht hilft, um für das eigene Land etwas zu erreichen, dann kann die EU-Kommission wohl auch nicht helfen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie wirken ja angeblich auf Griechenland auch ein, und hier sagen Sie so!)

Das wäre ja genauso, als würde man Wasser in die Donau schütten.

Es gibt bereits entsprechende Angebote in den Ländern und Ansprechpartner für die Länder. Nicht zu vergessen sind auch die Repräsentanten der EU vor Ort. Man sollte bei der Frage nach der Verwendung der Fördermittel auf diese Kompetenzen zurückgreifen und nicht wieder neue Strukturen schaffen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf ein Problem zu sprechen kommen, das einer effizienten Mittelverwendung oft im Weg steht: die Korruption. Ich bin der festen Überzeugung, dass Rumänien und Bulgarien den wirtschaftlichen Standard enorm erhöhen könnten, würden sie die Korruption im Land erfolgreich bekämpfen. In einem Index von Transparency International vom Januar 2015 werden Bulgarien und Rumänien als die korruptesten EU-Länder aufgeführt. Rumänien legt allerdings inzwischen eindrucksvolle Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung vor.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das hat mit unserem Antrag nichts zu tun!)

Ausdrücklich ist dem neuen Präsidenten Rumäniens, Klaus Johannis, zu danken, der dieses Problem wirklich anpackt. Im vergangenen Jahr hat es in Rumänien 280 Verurteilungen wegen Korruption – auch von hohen Regierungsbeamten – gegeben. Jetzt wurden 4.000 neue Korruptionsverfahren eingeleitet. Es liegt doch auf der Hand, dass Verwaltung nur funktionieren kann, wenn die Korruption bekämpft wird.

An diese innenpolitischen Ursachen, die verhindern, dass Fördermittel effizient eingesetzt werden, muss die Regierung vor Ort herangehen. Zu sagen, die EU-Kommission solle den Rumänen und Bulgaren beibringen, mehr Geld auszugeben, geht dann doch zu weit. Deutschland hat schon, als Rumänien und Bulgarien noch Beitrittskandidaten waren, viel getan und auch konkrete Hilfe beim Aufbau der Verwaltung geleistet. Den Rest müssen sie jetzt selber schaffen. Gleichzeitig ist unsere Staatsministerin Beate Merk in politischen Gesprächen mit Verantwortlichen weiterhin sehr engagiert, um Korruption zu bekämpfen, um die Verwaltung effektiver zu machen und um Armut und Arbeitslosigkeit vor Ort zu beseitigen.

Die Bayerische Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass das Programm der EU auch auf Probleme dieser Länder zugeschnitten ist. Es gibt das Programm "Europa 2020", das die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit in ganz Europa zum Ziel hat. Die Mitgliedstaaten können jetzt schon 4 % der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für

sogenannte technische Hilfen einsetzen. Die technische Hilfe umfasst den Einkauf von Experten, Evaluatoren und Beratern. Osteuropäische Staaten leisten sich bereits große Consultingunternehmen, die sie bei der Verwendung der Mittel unterstützen. Es kann für Rumänien und Bulgarien nur einen Weg geben: Die Menschen vor Ort müssen ihr Land aus eigener Kraft aufbauen und wirtschaftlich stark machen. Nur so können sie die Situation in ihren Herkunftsländern verbessern.

Dass sie es können, zeigen die vielen Rumänen und Bulgaren, die in Deutschland arbeiten, Geld verdienen und in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen. Über 250.000 Bulgaren und Rumänen gehen einer geregelten Beschäftigung in Deutschland nach. Ohne sie könnten wir in vielen Bereichen – im verarbeitenden Gewerbe oder in der Pflege – zahlreiche Arbeitsplätze nicht mehr besetzen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Nichts mehr mit der Einwanderung in Sozialsysteme!)

Europäische Fachkräfte, die wir in Bayern brauchen, sind herzlich willkommen. Klar ist aber auch: Dem Sozialmissbrauch durch arbeitslose Rumänen und Bulgaren müssen wir in Deutschland stärker begegnen, so wie es die CSU schon seit Jahren fordert. Wenn die Sozialleistungen im Vergleich zu anderen Ländern sehr hoch sind, besteht der Anreiz zur Zuwanderung. Deshalb müssen wir klar regeln, dass Zuwanderer, die in Deutschland nicht in die Sozialkassen eingezahlt haben, keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben. Das hat die CSU bereits umgesetzt. Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat uns im November letzten Jahres recht gegeben. Der Grundsatz der Freizügigkeit bedeutet nicht das Recht auf freien Zugang zu den Sozialsystemen der Mitgliedstaaten.

Die CSU setzt sich dafür ein, den Sozialmissbrauch in unseren Ländern zu verhindern. Sie kann aber nicht die Hausaufgaben in den Herkunftsländern erledigen. Deshalb lehnen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER auch im Plenum ab.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Herr Kollege Taubeneder. – Für die SPD-Fraktion: Herr Kollege Pfaffmann. Bitte schön.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer dasselbe Muster und immer dieselbe Diskussionsstrategie: mit dem Finger auf andere zeigen und selber damit sein Nichtstun legitimieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben recht: Wir müssen mithelfen, dass die Korruption in den Ländern bekämpft wird. Sie haben recht: Wir müssen auch mithelfen, dass europäische Länder gestärkt werden und die Wirtschaft dort gestärkt wird, damit Ausreise- oder Fluchtgründe nicht mehr gegeben sind. Auch damit haben Sie recht. Dem widerspricht aber auch keiner.

Nur: Diese Argumentation beinhaltet keine Gründe dafür, um selbst zu sagen: Macht einmal, und wir tun nichts. Ich will damit aber auch nicht sagen, dass wir nichts tun. Es ist eine Frage – ich habe es vorhin schon einmal gesagt – der Humanität, Menschen, die aus ihren Ländern wegziehen oder fliehen und zu uns kommen, zu helfen. Ich würde da etwas mehr Demut an den Tag legen.

Ich wünsche es Ihnen nicht, dass Sie aus Armut Ihre Heimat verlassen müssen, dass Sie Ihre Heimat verlassen müssen, weil Sie verfolgt, diskriminiert, von Gewalt bedroht werden oder null Perspektive haben. Das wünsche ich nicht, und deswegen sollten wir vorsichtiger sein mit solchen starken Begriffen, die Sie immer gerne verwenden. Ich will Ihnen ein paar dieser Begriffe aufzählen, die nicht geeignet sind, den Menschen in den Ländern vor Ort zu helfen. Solche starken Sprüche, die Sie immer gerne bei jeder Gelegenheit verwenden, schüren eher am rechten Rand. Das sollte nicht unser Ziel sein.

Es kann doch nicht sein, dass wir ständig vom "organisierten Missbrauch des Asylrechts" reden. Ich will Ihnen sagen, warum nicht, Frau Ministerin: weil Menschen, die

aus Hunger, Leid, Not oder wegen Diskriminierung woandershin fliehen, nicht unter "organisiertem Missbrauch" zusammenzufassen sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten zurückhaltender sein mit Begriffen, die der Präsident des Landkreistages Christian Bernreiter zum Besten gegeben hat: "Wir sind nicht das Sozialamt vom Balkan." Auch solche Sprüche helfen nicht, sondern schüren am rechten Rand. Muss das denn wirklich sein?

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten vielleicht auch Ihren Generalsekretär etwas an die Leine nehmen: Asylrecht ist nicht für Sozialtouristen und Wohlstandssuchende gedacht. Nein, das ist es nicht, aber ein solch starker Spruch schürt am rechten Rand. Ein solcher Spruch hilft den Betroffenen überhaupt nicht weiter.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Im Anschluss. - Sie reden immer von sicheren Drittstaaten und wollen Länder zu sicheren Drittstaaten erklären. Ich will darauf hinweisen, was der Weihbischof Dieter Geerlings, Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, gesagt hat. Er hat gesagt, der Kosovo sei kein sicheres Drittland. Hören Sie doch einmal auf die Menschen, die darauf hinweisen, dass man vielleicht in der Wortwahl etwas zurückhaltender sein soll. Wir müssen den Menschen erklären, dass Flüchtlingspolitik und Humanität Geld kosten. Wir dürfen die eigene Bevölkerung aber nicht überlasten, darin sind wir uns völlig einig.

Wenn wir aber wollen, dass wirklich geholfen wird, und wenn wir denjenigen, die wegen Vergewaltigung, Hunger oder fehlender Perspektive in andere Länder flüchten oder dorthin vertrieben werden, helfen wollen, dann nützen solche Sprüche nichts. Was die FREIEN WÄHLER beantragt haben, ist nichts anderes als eine Unterstützung der Länder, um aus eigener Kraft Armutsabwanderung zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke sehr. Damit zu einer Zwischenbemerkung der Kollegin Heckner. Bitte schön.

**Ingrid Heckner (CSU):** Herr Kollege Pfaffmann, Sie wehren sich gegen Formulierungen. Jetzt frage ich Sie: Sie lasten uns an, wir würden von organisierten Armutsflüchtlingen sprechen, während Sie völlig negieren, dass diese Organisation durch Personen erfolgt, die den Ärmsten der Armen auch noch das letzte Geld aus der Tasche ziehen, um sich selber zu bereichern.

(Beifall bei der CSU)

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Ich negiere das überhaupt nicht und heiße das auch nicht gut. Das ist keine Frage. Wenn man aber im Zusammenhang mit Menschen, die aus bestimmten Gründen ihr Land verlassen, permanent von "organisiertem Missbrauch" und damit von krimineller Energie im Zusammenhang mit Personen, die sich durch Flucht eine Lebensperspektive verschaffen wollen, redet, dann hilft man nicht, sondern schürt Ressentiments. Genau das brauchen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Pfaffmann. - Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es frustriert schon, wenn bei einem sachlichen Antrag der FREIEN WÄHLER über das Thema, wie man die Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern bekämpft, sofort eine Diskussion losgeht, die in der Breite doch eher an den Politischen Aschermittwoch erinnert.

Herr Kollege Fahn, Sie sprechen von einer Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern. Ich verstehe Ihren Antrag auch so, dass Sie

dafür plädieren, die Ursachen von Armut und Diskriminierung in den Herkunftsländern zu bekämpfen, damit den Menschen dort das Leben nicht so unerträglich, nicht so unendlich schwer gemacht wird.

Es ist durchaus richtig, dass die EU-Staaten in der Lage sind, EU-Mittel einzusetzen. Es gibt aber sicherlich Defizite hinsichtlich der Frage, welchen Gruppen diese Mittel vor allem zukommen. Gerade diskriminierte Gruppen haben größere Schwierigkeiten, EU-Mittel für ihre Projekte zu bekommen, als der Staat selbst. Das habe ich bei Besprechungen dort gehört. Es ist klug, wenn darüber nachgedacht wird, wie es erreicht werden kann, dass die Mittel aus den EU-Programmen vor allem jenen Menschen zugute kommen, die unter massiver Armut und Ausgrenzung leiden. Darüber weiter intensiv zu diskutieren schadet nicht. Dabei unterstützen wir die FREIEN WÄHLER. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. – Für die Staatsregierung: Frau Staatsministerin Merk. Bitte schön.

**Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich wehre mich ganz massiv dagegen, dass ständig Aussagen verdreht werden und uns unterstellt wird, wir behandelten Flüchtlinge falsch bzw. als Kriminelle. Wenn wir von organisiertem Asylmissbrauch sprechen, dann ist dieser Vorwurf an diejenigen gerichtet, die die Menschen dazu veranlassen, das Kosovo zu verlassen. Die Menschen sind gegangen, weil man ihnen etwas vorgegaukelt hat. Sie sind gegangen, weil man im Internet geschrieben hat, sie bekämen bei uns auch als Wirtschaftsflüchtlinge Asyl. Sie sind gegangen, weil man ihnen gesagt hat, sie erhielten Geld, wenn sie nach Deutschland kämen. Die Menschen haben das geglaubt. Was ist passiert? - Sie haben alles, was sie hatten, versetzt. Sie stehen, wenn sie irgendwann in ihr Land zurückkehren müssen, vor den Trümmern ihrer Existenz, haben Schulden und wissen nicht mehr, wie es weitergehen soll.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie schicken sie auch noch zurück!)

- Hören Sie doch zu, verflixt nochmal! Ich finde das, was Sie machen, lächerlich. Sie sind so scheinheilig. Sie sind richtig scheinheilig, Herr Pfaffmann.

(Beifall bei der CSU)

Ich finde es wirklich peinlich, was Sie da bringen; das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Wir wollen es diesen Menschen ersparen, dass sie den Weg nach Deutschland antreten. Wir wollen es ihnen ersparen, dass sie ihr gesamtes Geld auf den Kopf hauen, nur weil ihnen irgendwelche Schlepper das Geld aus der Tasche ziehen wollen.

(Beifall bei der CSU)

5.000 Euro für ein Busticket!

Wir haben unser Asylrecht für die Menschen, die es dringend brauchen. Wir haben das Asylrecht für die Menschen, die vor Krieg, vor Verfolgung, vor Folter fliehen. Wir müssen es sehr deutlich sagen: Wir können nicht allen Menschen, die diskriminiert werden oder denen es wirtschaftlich schlecht geht, eine Heimat bieten. Das ist der Punkt.

Ich habe mich vor Kurzem an die Grenze zwischen Serbien und Ungarn gestellt. Alle, die nur ein Quäntchen Erfahrung haben, sagen uns, dass wir noch mit sehr vielen Flüchtlingen konfrontiert werden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als nach Recht und Gesetz vorzugehen und uns darauf zu konzentrieren, den Menschen, die wirklich nicht mehr anders können, die Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Wir geben ihnen diese Unterstützung aus Solidarität und aus Humanität gern und mit Überzeugung. Wir wollen ihnen helfen, wir wollen ihnen Schutz geben.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deswegen schicken Sie sie zurück?)

- Ich mag gar nicht mehr darauf eingehen, weil Sie hier nur ein Verwirrspiel stattfinden lassen, Herr Pfaffmann.

Anders gesagt, das deutsche Sozialsystem, das deutsche Asylsystem ist nicht für die Menschen gemacht, die aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen.

(Zuruf von der SPD: Was Sie machen, ist zynisch!)

Aber verstehen Sie mich nicht falsch! Ich habe auch immer gesagt, dass ich Verständnis habe für Menschen, die schauen, wo es ihnen besser geht, und die dort hinstreben. Aber wir müssen noch einmal festhalten: Die massenhafte Ausreise aus dem Kosovo ist der falsche Weg. Das Land blutet aus. Wir müssen das Gegenteil tun und im Land Hilfe leisten, wo es Bedarf gibt. Deswegen bin ich hingefahren.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe mich vor Ort erkundigt und nach meiner Rückkehr mit meinen Kolleginnen und Kollegen gesprochen, zum Beispiel mit Helmut Brunner, Ilse Aigner und Joachim Herrmann, um dann, wenn ich wieder im Kosovo bin, Hilfsangebote vorstellen zu können. Ich werde vor Ort nachfragen, welche Angebote, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten machen können, dort passen. Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, das ist der Weg. Deswegen mach ich mir selbst ein Bild. Ich pflege auch einen intensiven Austausch mit den Kollegen aus Rumänien und Bulgarien. Wir sprechen mit ihnen, um konkrete Projekte durchführen zu können. Dabei geht es auch um die Frage der Beantragung und Abwicklung von EU-Förderprogrammen.

Ich war im Kosovo nicht nur, um die Menschen vor den falschen Versprechungen der Schlepper und vor ihren Lügen zu bewahren, sondern auch, um Hilfeleistungen zu erörtern. In der nächsten Woche werde ich das in Albanien tun, aber auch im Libanon, in Rom und auf Sizilien.

Klar ist: Wir brauchen, wenn wir Migrationsströme verhindern wollen, mehr als das, was wir in Bayern oder in Deutschland insgesamt in der aktuellen Situation leisten

können. Wir brauchen einen umfassenden, vernetzten europäischen Ansatz. Wir tragen gemeinsam Verantwortung. Deshalb habe ich gefordert, dass sich Europa, insbesondere der Europäische Rat, mit dem Thema befasst. Ich fordere die EU auf, ein Hilfsprogramm zu initiieren und Finanzmittel für diese Förderprojekte in Aussicht zu stellen, damit vor Ort geholfen werden kann und die Menschen nicht hierher kommen müssen.

Noch etwas: Wir geben in Bayern für jeden Asylbewerber rund 1.300 Euro aus. Überlegen Sie einmal, welche Projekte wir stemmen könnten, wenn wir all das Geld, das wir für Asylbewerber ausgeben, deren Anträge aussichtslos sind, in den Herkunftsländern einsetzen könnten!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Welche Projekte ein Mitgliedstaat durchführen kann und welche Projekte er fördern möchte, entscheidet er allein. Wir können dabei nichts anderes tun, als ihn zu beraten. Die Entscheidung trifft auch nicht die Kommission, Herr Fahn; anderenfalls würde sie das Subsidiaritätsprinzip verletzen, um auch das einmal klar zu sagen.

Ich fordere, dass die EU-Kommission in den Staaten, in denen Fördergelder in dunklen Kanälen versacken, eingreift und hart durchgreift. Im Übrigen gibt es viele Gründe, warum Fördergelder nicht abgerufen werden. Es sind nicht Bulgaren, die die wenigsten Fördergelder abrufen; da könnten wir Ihnen ganz andere Staaten nennen. Staaten wie Rumänien oder Bulgarien zu unterstellen, sie hätten nicht das Wissen, um Fördergelder abzurufen, halte ich für vermessen.

Zum Abschluss möchte ich auch das klar sagen: Die FREIEN WÄHLER weisen in ihrem Antrag den falschen Weg; denn Bevormundung ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Staatsministerin. – Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Ministerin, am Schluss sind Sie zu dem Thema zurückgekommen, um das es eigentlich geht. Es ist wichtig, dass nicht einfach darauf geschaut wird, ob die betreffenden Länder überhaupt EU-Programme realisieren können, sondern es geht auch darum, dass die Programme realisiert werden, die insbesondere ausgegrenzten und diskriminierten Minderheiten helfen. Unsere Frage ist einfach: Haben Sie als Vertreterin Bayerns bei Ihren bisherigen Besuchen im Kosovo oder in anderen Ländern konkrete Kooperationsvereinbarungen getroffen, um vor Ort tatsächlich Hoffnung zu erzeugen und den wirtschaftlichen Aufbau voranzubringen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten):** Frau Kollegin Kamm, ich lasse mir von Ihnen nicht sagen, was ich in einer Rede sagen darf und was ich nicht sagen darf. Punkt eins.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Einen Kommentar werden Sie wohl noch ertragen können! – Zuruf von der SPD: Das war eine Frage!)

Punkt zwei. Frau Kollegin Kamm, ich habe selbstverständlich in einigen Ländern bereits Kooperationen geschlossen, gerade solche in wirtschaftlicher Hinsicht.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welche?)

Punkt drei. Ich werde auch im Kosovo anbieten, auf wirtschaftlichem, auf verwaltungstechnischem und auf landwirtschaftlichem Gebiet miteinander zu arbeiten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wann?)

Die Entscheidung, ob diese Angebote angenommen werden, obliegt natürlich immer dem jeweiligen Land.

(Beifall bei der CSU – Isabell Zacharias (SPD): Was sollte denn der scharfe Ton am Ende?)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Frau Staatsministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/4319 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt. Somit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich gebe noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bayrische Aufnahmeprogramme für syrische und irakische Kriegsflüchtlinge sofort einrichten", Drucksache 17/3194 bekannt. Mit Ja haben 56 Abgeordnete, mit Nein haben 79 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es eine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich bedanke mich für die Mitarbeit. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Danke schön.

(Schluss: 18.11 Uhr)